

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Bestelle Stelle des Bezirkes

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Goldmark mit
Zufügen, einzelne Nummern 15 Goldpfennige.
Gemeinde-Verbands-Konto Nummer 3.
Postfachkonto Dresden 12 548.
Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 8.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Zeile 20 Goldpfennige, Einzeile 10
Reklamen 50 Goldpfennige.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 32

Sonntag den 7 Februar 1925

91 Jahrgang

Dauholzversteigerung. Bärenfelder Staatsforstrevier.
Freitag den 13. Februar 1925, vormittags 9 Uhr im Gasthaus zur
„Post“ in Schmiedeberg: 443 fm fl. Stämme, 10-43 cm, 204 fm fl.
Klöße 7/80 cm, 1040 fm fl. Verbastungen, 55 000 fl. Reisstangen, 1 rm
fl. Aufhänger. Reihschlag: Abl. 16 und 84; einzeln: Abl. 1, 4,
5, 16, 23, 27, 34, 37, 38, 42, 50, 58, 60, 61, 88, 90.
Forstamt Bärenfeld. Forsthaus Charandt.

Brennholzversteigerung. Hirschsprung-Altenberger
Staatsforstrevier.
Mittwoch den 11. Februar 1925, vormittags 10 Uhr im Gasthof zur
„Ladenmühle“ in Hirschsprung: 3 rm ht. und 35 rm w. Brenn-
schelte, 250 rm ht. und 210 rm w. Brennknüppel, 69 rm ht. und
15 rm w. Jochen, 185 rm ht. und 710 rm w. Äste, 10 rm w.
Stöcke. Abl. 2, 5, 8, 14, 16, 17, 19, 20, 22, 27, 30, 41, 45, 48, 50, 53,
55, 59, 61, 63, 67, 70, 89, 95, 99, 105/108, 112, 113 und lit. 1.
Forstamt Hirschsprung-Altenberg. Forsthaus Charandt.

Sitzung der Stadtverordneten zu Dippoldiswalde

am 6. Februar 1925

Das Kollegium ist vollständig bis auf den entschuldigten Stadt-
verordneten Wenzig. Weiter erscheinen der Bürgermeister und
die Stadträte Diebold und Hofmann. Etwa 20 Zuhörer.

Auf persönliche Vorstellung des Direktors der Gewerbeschule
und nachfolgendes schriftliches Gesuch des Ausschusses bewilligt
das Wirtschaftsministerium dieser Schule eine außerordentliche
Beihilfe von 700 Mark zur Beschaffung der notwendigen Lehr-
mittel. Mit besonderem Danke nimmt man Kenntnis.

Weiter wird Kenntnis genommen von einem Schreiben der
Stromzentrale, nach welchem die von dieser Seite vorgenommenen
Prüfungen der Stromzähler sich nur auf Einhaltung der Satzungen
beziehen, während die Messverhältnisse selbst davon nicht berührt
werden und damit die Verantwortung hierfür den Gemeinde-
verordneten bleibt. Für Dippoldiswalde hat diese Frage durch
den Beitritt zum Revisionverband „Weißeritztal“ sich erledigt.
In Sachen des Wohnüberganges an der Reichsstraße Strafe
hat Bürgermeister Herrmann auftragsgemäß dem Kreisauptmann
Buck in seiner Eigenschaft als Mitglied des Reichseisenbahnrates
eingehenden Bericht erstattet. Jetzt liegt die schriftliche Antwort
vor, die besagt, daß die Wohnverwaltung nach dem bestehenden
Reglement ihre Verpflichtungen erfüllt habe und es nunmehr
an Verlehr liege, an jener Stelle die notwendige Aufmerksamkeit
walten zu lassen. Die städtischen Kollegien bleiben weiter bemüht,
diese Aufmerksamkeit wach zu halten. Am Sonntag fand eine
Besichtigung statt. Man hat dabei den Gedanken aufgeworfen,
ober- und unterhalb des Lieberganges Tafeln in mitten der Strafe
aufzuhängen. Der zuständige Ausschuss beschäftigt sich nunmehr
weiter damit.

Der nächste Punkt betrifft die Eingabe des Mietbewohners-
vereins an die Kreisauptmannschaft wegen der Straßen-
beleuchtungs- u. w. Abgabe. Die „Weißeritz-Zeitung“ hat darüber
mehrmals berichtet. Die Kreisauptmannschaft teilt mit, daß der
Kreisausschuss zwar in seiner letzten Sitzung sich damit beschäftigte,
aber in seiner nächsten Sitzung, Ende Februar, sich nochmals
damit beschäftigen werde, weshalb ausführliche Antwort erst dann
erfolge. Man nimmt auch davon Kenntnis. Der Vorsitzende fügt
hinzu, auch hier wie anderwärts hätten die städtischen Kollegien
nur widerwillig, aber notgedrungen zu dieser Steuer gezipfen,
was ja bekannt sei. Neuerdings werde eine solche Vorlage in
Freiberg beraten.

Weiter fährt der Vorsteher aus, in der Einwohnerchaft
scheine die und da die Ansicht verbreitet — eine Zuschrift an
die Presse bestätige das —, daß die Stadt seinerzeit mit dem Ein-
tausch der sogenannten Pinderischen Kiesgrube ein Geschäft nicht
gemacht habe. Das sei die Veranlassung zu einer Besichtigung
und Feststellung des Ertrages im Rechnungsjahre gewesen.
Genauer lasse sich erst nach Schluß des Jahres sagen. In der
Kiesgrube seien gewonnen worden 18 Kubikmeter Grobschlag,
39 Kubikmeter Kleinschlag und 244 Kubikmeter Kies, was einem
Gehalt von rund 2400 Mark entspreche, der um die Arbeits-
löhne nach zu kürzen sei. Besonders wird Wert darauf gelegt,
daß die Stadt ihren eigenen Kiesbedarf auf Jahre hinaus decken
könne. Der städtische Steinbruch gab ab: 531 Kubikmeter
Kleinschlag, 8 Kubikmeter Mittelschlag und 14 1/2 Kubikmeter Kies;
zurzeit lagern dort: 7000 Kubikmeter Kleinschlag, 30 Kubikmeter Mittel-
schlag und 90 Kubikmeter Grobschlag sowie 70-80 Kubikmeter Kies.
Auch hiervon nehmen die Stadtverordneten Kenntnis.

Schließlich nimmt man noch Kenntnis von der Einladung des
Stadterwerbs Dippoldiswalde und Umgegend zu einer öffentlichen
Versammlung mit Referat über das Städtewesen.

Zur Veränderung von 4 Straßenlampen (an der Maschinen-
fabrik, an der unteren Rabenauer Straße, bei Öhtings und bei
Felsenbauer Müllers Grundstück) bewilligt man rund 100 Mark,
während ein die Reichsstraße Strafe betreffendes Gesuch dem
zuständigen Ausschuss überwiesen wird.
Die Arbeiter-Samariter-Kolonie bittet um eine Beihilfe zur
Beschaffung der notwendigen Materialien, deren Kosten sie auf
770 Mark angibt. Der Finanzausschuss schlägt vor (und der Rat
hat dem zugestimmt) 100 Mark auszuweisen; den gleichen Betrag
habe die Sanitätskolonne zur Aufbesserung ihres Materials
seinerzeit erhalten. Der Berichterstatter bittet, — und wird von
mehreren Seiten unterstützt —, etwas darüber hinausgehen und
begründet diese Bitte. Von einer Seite wird darauf hingewiesen,
daß den Haushaltpänen nach, die Sanitätskolonne früher eine
regelmäßige Unterstützung erhalten zu haben scheine, was sich
aber augenblicklich nicht genau feststellen läßt. Der Vorsteher weist
darauf hin, daß der Finanzausschuss gern helfen wolle, aber Rück-
sicht auf den Haushaltpänen nehmen müsse. Darauf schlägt der
Berichterstatter vor, je 100 Mark zu lassen dieses und des neuen
Haushaltpänen zu bewilligen. Schließlich werden 100 Mark be-
willigt und wird die Angelegenheit für den neuen Haushaltpänen
vorgemerkt.

Die Arbeiten am Stadtpark sind — weil Kostenschätzungen
gebraucht worden, viel früher, als man ursprünglich gedacht hatte

und wie den Stadtverordneten in Rücksicht auf die Finanzlage
eigentlich lieb ist und lieb sein kann — so weit gehen, daß
man an die Bepflanzung denken muß. Nach Ansicht von Garten-
baudirektor Rose sind für 6000 M. Pflanzen nötig, dazu kämen
noch die Kosten für die Pflanzarbeiten. Diesen Betrag kann die
Stadt für den Zweck nicht ausweisen. Nach Ansicht der diesigen
Gärtner läßt sich auch für weniger Geld etwas Schönes schaffen.
Berichterstatter schlägt vor, für 1925 1500 Mark bereitzustellen,
für die zunächst Grasamen und dann soviel Pflanzen zu beschaffen
wären, daß sie für den Betrag auch gepflanzt werden können.
So wird auch beschlossen. Berichterstatter bittet noch, die Pflanzen
durch hiesige Gärtner zu beziehen. Rose wird vom Rat ersucht,
den städtischen Kollegien demnächst an Ort und Stelle Vortrag
zu halten, wie die ganze Anlage weiter gedacht ist besonders hin-
sichtlich der angrenzenden Grundstücksstelle.

In der Sportplatzfrage ist weiter gearbeitet worden. Als
geeignetes Areal wurde u. a. das zwischen dem Gasometer und
dem Vorwerk St. Nicolai befundene; es ist aber nicht zu haben.
Dann kam man auf städtisches Areal hinter der Kriegergedächtnis-
denkmal an, das ist aber zu weit entfernt. Der neue Sportplatz muß
mit zahlenden Zuschauern rechnen. Schliesslich ist man auf ebenfall
städtisches Areal hinter den Riedertorplatz gekommen und den Kreuz-
bach-Schreibergärten zugekommen. Mit diesem Platz beschäftigt
sich der Ausschuss jetzt eingehender. Die Erdbehebungsarbeiten,
die hier allerdings notwendig sind, sollen zunächst als Notstands-
arbeiten angemeldet werden. Das Kollegium nimmt Kenntnis vom
Gesuch und bittet um Mitteilung, sobald die Sache weiter
gediehen ist.

Schließlich genehmigt man gleich dem Rufe die Satzungen
zur Schulbuchpflege in der vom Schulausschuss in seiner letzten
Sitzung beschlossenen Fassung. (In dem Bericht über jene Sitzung
sind wir an dieser Stelle näher darauf eingegangen.)
Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Vertikales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Der Unterhaltungsabend des Turnvereins
„Frisch auf“ findet heute Sonnabend in der Reichshalle statt.
Morgen Sonntag ist in diesem Saale Kirchengemeindeabend.
Reichshalle. Berichtend sei mitgeteilt, daß die Kirchengvor-
standswahl und die Kirchengemeindefammlung erst am Sonntag
den 15. Februar stattfinden.

Freital. Der am Mittwochabend von Freital nach Mohorn
verkehrende Personenzug mußte zwischen Herzogswalde und Mo-
horn auf freier Strecke halten, da das Gleis durch einen großen
Sandsteinquader versperrt war. Glücklicherweise wurde das
Hindernis rechtzeitig bemerkt und dadurch großes Unglück ver-
mieden. Nur die Lokomotive wurde leicht beschädigt, Personen
kamen nicht zu Schaden.

Wilsdruff. Auf der Staatsstraße nach Reichen ging dem
Wirtschaftsbesitzer Bierich aus Lampersdorf ein erst kürzlich er-
worbenes Pferd durch, das er am Jaum hielt, um einen Kraft-
wagen vorüber zu lassen. Er wurde am Kopfe verletzt. Der
Autofahrer brachte ihn ins Krankenhaus nach Reichen.

Dresden. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei ver-
breitet zu den sensationellen Enthüllungen über den Darmat-
Schandal, soweit er nach Sachen hinüberzieht, folgende Meldung:
In der sächsischen Presse wird ein Bericht der Berliner Wirt-
schaftszeitung wiedergegeben, der die Behauptung aufstellt, daß die im
Jahre 1920 zwischen der sächsischen Regierung und der Firma
Darmat in Umherdam getätigten Geschäfte durch Vermittlung
des damaligen Ministerpräsidenten Buch erfolgt seien. Diese
Behauptung ist unrichtig. Am 6. November 1920 ist in einer
außerordentlichen Sitzung des sächsischen Gesamtministeriums,
an der der Ministerpräsident nicht teilnehmen konnte, auf Antrag
des Ministers Schwarz die Bewilligung eines ausserordentlichen
Kredits von 70 Millionen Mark an das Wirtschaftsministerium
zum Ankauf von Lebensmitteln beschlossen worden. Dieser Be-
schluß ist dann in einer unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Buch
abgehaltenen ordentlichen Sitzung des Gesamtministeriums vom
19. November 1920 bestätigt worden. In dieser Sitzung haben
außer dem Ministerpräsidenten Buch noch teilgenommen: Die
Minister Kühn, Dr. Reinhold, Dr. Harnisch und Dr. Seofert.
Eine weitere Bewilligung in irgend einer Form oder eine Ver-
mittlung von Geschäften mit der Firma Darmat hat durch
Ministerpräsident Buch nicht stattgefunden. In dem Berichte der
Berliner Wirtschaftszeitung wird über die Tätigkeit Darmats in
Dresden u. a. berichtet: Die der preussische, so hat auch der
sächsische Staat von dem den deutschen Volk erwiesenen Woh-
lstand, deren sich die Herren Darmats jetzt so rühmen können, in
der Weise Gebrauch gemacht, daß man für enorme Lieferungen
von Fett und Speck seitens des sächsischen Wirtschaftsmini-
steriums bei den Bankfirmen Otto Markiewitz oder Mendelssohn
und „unwiderrufliche“ Akkreditive gestellt hat. Diese Geschäfte
mit Darmats wurden getätigt durch Vermittlung des Minister-
präsidenten Buch, des Ministers Schwarz, des Unterstaatssekretärs
Boake, des Landtagsabgeordneten Kranke usw. Nach der Kauf-
mann Gohweiler wird über diese Geschäfte manches zu erzählen
wissen. Als im Jahre 1920 der letzte Posten Fett und Speck
wegen sehr verspäteter Lieferung und inzwischen eingetretener sehr
starker Preissteigerung vom Wirtschaftsministerium Dresden nicht
abgenommen wurde, ist es dem Herrn Gohweiler nicht absto-
wendiger gelungen, diese Ware zum ursprünglichen vereinbarten
Preise an die dem Staate gehörigen Vereinigten Fettstoffwerke
zu verkaufen. Diese Werke haben schließlich die Ware doch an
die sächsischen Behörden abgesetzt. Die beteiligten Ressorts in
Dresden werden sich dazu äußern können.

In dem erwähnten Berichte der Berliner Wirtschaftszeitung
wird dann noch über den ehemaligen sächsischen Ministerpräsi-
denten und jetzigen sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Grad-
nauer, folgendes behauptet: Herr Gradnauer, der sächsische Ge-
sandte in Berlin, hat es nicht verschmäht, 1919 ein „Darlehen“
in Höhe von etwa 1000 holländische Gulden von der „Amertina“
entgegenzunehmen, das später auf „Ankostenkonto“ gebucht wurde.
Auch haben ihm sowie die schönen „Liebesgabenpakete“ des
Herrn Darmat gefallen, für die sich Frau Dr. Gradnauer immer
schon bedankt hat. Es sind ebenso schwere wie deutliche Vor-
würfe und Anklagen, die hier gegen Männer erhoben werden, die

in den Tagen der bittersten Not des deutschen und besonders
des sächsischen Volkes ihre persönlichen Interessen vertreten und
persönliche Vorteile eingehemft haben sollen. Auf Erwiderungen
darf man gespannt sein. Von der Nachrichtenstelle in der Staats-
kanzlei wird merkwürdigerweise nur der damalige Minister-
präsident Buch in Schutz genommen, der an der fraglichen Sitzung
des Gesamtministeriums am 6. November 1920 nicht teilgenommen
habe. Freilich ist der damals gefasste Beschluß 14 Tage später
unter und mit Buch bestätigt worden. Dr. Gradnauer hat an dem
preussischen Untersuchungsausschuss und den sächsischen Minister-
präsidenten folgendes Schreiben gerichtet: „Es ist nicht richtig,
daß ich 1000 holländische Gulden erhalten habe. Ich habe damals
für die erforderlichen laufenden Ausgaben deutsches Geld in
holländisches und belgisches Geld umzuwechseln müssen. Herr
Barnat erklärte sich erbötig, einen Betrag umzuwechseln. Er
erlaubte, die Abrechnung dann vorzunehmen, nach dem der tatsäch-
liche Verbrauch ausländischer Münzen festgestellt sei. Als ich den
Betrag, der weit geringer als 1000 holländische Gulden war, dann
zurückgeben wollte, erklärte er, daß ich ihn für beliebige Zwecke
verwenden möge. Dies habe ich mit der Erklärung angenommen,
daß der Betrag für wohltätige Zwecke verwendet werden soll.
Demgemäß ist verfahren worden. Der Betrag ist für verschiedene
Wohltätigkeitszwecke, z. B. für die Kinderpflegeanstalt Marienhof
bei Dresden und für das Fürsorgeamt, verwendet worden. Der
Nachweis für diese Verwendung kann erbracht werden. Dr.
Gradnauer nimmt an, daß durch dieses Schreiben die Angelegen-
heit zunächst geklärt ist. Ob auch die erwähnten Liebesgaben-
pakete an Wohltätigkeitsanstalten weitergeleitet worden sind,
erfährt man leider auch aus dieser „Berichtigung“ nicht. Den in
dem Berichte des Berliner Blattes erwähnten sächsischen Land-
tagsabgeordneten Kranke hat es nicht gegeben. Es ist möglich,
daß hier eine Verwechslung mit einem Ministerialbeamten, der
der Sitzung als Protokollant beimohnte, vorliegt.“

Wie das Dresdner sozialdemokratische Blatt erfährt, ist
Oberregierungsrat Günther, der bekanntlich eine Klage gegen
den sächsischen Staat wegen Nichtanszahlung des ihm zustehenden
Gehalts angestrengt hat, abgegangen.

Dresden. In der nächsten Sitzung des Landtages am Dien-
stag werden ein Antrag der Volkspartei auf Einsetzung eines
Untersuchungsausschusses in Sachen des Darmat-Skandals und ein
deutschnationaler Antrag auf Aufhebung der Revolutionsfeiertage
zur Beratung kommen. Es dürfte voraussichtlich zu lebhaften
politischen Auseinandersetzungen bei dieser Gelegenheit kommen.

Zeitzsch a. d. M. In der Papierfabrik von Wiebe & Söhne
in Pauschwitz entgleiste eine kleine Lori Stämme, die beim Um-
fahren den Fabrikarbeiter Richard Busch so unglücklich unter
sich begrub, daß der Tod sofort eintrat.

Leipzig. In der Wilmannsstraße kam in dem Aufsenhalts-
raume der Arbeiter einer Öl- und Benzin-Großhandlung ein
allein in dem Raume anwesender Arbeiter mit seiner überhitzten
Schürze dem geheizten Ofen zu nahe, wodurch diese und dann
sogleich seine übrige Kleidung in Brand geriet. In seiner Angst
ließ der Mann auf den Hof, wo er sofort vom zufällig dort
anwesenden Inhaber der Firma auf einen Sandhaufen geworfen
und mit Sand überschüttet wurde. Auch der im Raume ent-
standene Brand wurde auf diese Weise sofort gelöscht. Der
Arbeiter trug schwere Brandwunden an den Armen und am
Kopfe davon.

Penitz. Die für dieses Jahr in Penitz durch den Gewerbe-
verein geplante Gewerbe- und Industrieausstellung soll laut Be-
schluß des Ausstellungsausschusses in der Zeit vom 5. bis 19. Juli
stattfinden.

Jwischau. Reichstagsabgeordneter Dr. Barth-Jwischau hatte
vor längerer Zeit an die Reichsregierung einen Antrag gerichtet,
wegen der von der sächsischen Regierung geübten Praxis, den in
höhere Staatsämter berufenen Parteimitglieder die in Partei-
dienste verbrachte Dienstzeit — sogar Justizstrafen — auf die
verbrachte Dienstzeit anzurechnen. Auf seine Erinnerung hat Dr.
Barth jetzt Bescheid erhalten, daß das Reichsjustizgericht für
den 11. Februar mündliche Verhandlung in Aussicht genommen
habe.

△ Todeserklärung Kriegsverschollener. Der
Reichsrat hat einen Gesetzentwurf angenommen, der
die Regelung der Todeserklärung Kriegsverschollener
neu regelt. Bisher wurden während des Krieges
Bermittelte für tot erklärt, wenn über sie ein Jahr
lang keine Nachricht in die Heimat gekommen war.
Es mußte jedoch stets in einem Ermittlungsverfahren
festgestellt werden, wann der Betreffende verschollen
war und seit wann keine Nachricht mehr von ihm
eingelaufen ist. Das Zentralnachweisamt kann diese
Ermittlungen nicht mehr machen. Daher wird be-
stimmt, daß der Vermittelte in der Regel als tot zu
erachten ist, auch ohne weitere Ermittlungen, wenn
nachgewiesen ist, daß er seit einem Jahr verschollen
ist. Als Termin wurde der 10. Januar 1920 fest-
gelegt. Nur im Falle eines besonderen rechtlichen
Interesses soll das alte Ermittlungsverfahren Platz
greifen.

**△ Erhöhte Entschädigungen für verlorene Post-
sendungen.** Die Entschädigungsfähigkeit für verloren ge-
gangene und beschädigte Pakete ohne Wertangabe so-
wie für in Verlust geratene eingeschriebene Sendun-
gen sind erhöht worden. Für nach dem 31. Januar
ausgelieferte Sendungen verhält die Post im Falle
des Verlustes oder der Beschädigung eines Paketes
ohne Wertangabe den wirklich entstandenen Schaden
bis zum Höchstbetrag von 3 R.-M. für jedes Pfund
der Sendung und für eine in Verlust geratene ein-
geschriebene Sendung 40 R.-M. Ferner ist die Mi-
ndestgebühren- oder Postfahrpreisuntergrenzung auf
3 R.-M. erhöht worden.